

INHALT

1. Bereisung im Kreis Nordfriesland
2. Berechnungen des Statistikamtes belegen Ungerechtigkeit des Besoldungsdiktats
3. CDU-Fraktion fordert Erhalt der Polizei in der Fläche
4. Zentrales Personalmanagement wird in Staatskanzlei zur Randnotiz
5. SPD, Grüne und SSW lehnen Antrag der CDU auf Stärkung kleiner Grundschulstandorte ab
6. Anzeichen für eine Abschaffung der Regionalbeiräte mehren sich

24.05.2013

Bereisung im Kreis Nordfriesland

Fraktionschef Callsen informiert sich über Chancen des ländlichen Raumes

Am Donnerstag (23. Mai 2013) ging es für Fraktionschef Johannes Callsen an die Westküste, in den Kreis Nordfriesland. Auf seiner zweiten Kreisbereisung wurde er begleitet von den örtlichen Landtagsabgeordneten Astrid Damerow und Klaus Jensen sowie dem Bundestagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Ingbert Liebing. Auch die Kreistagsabgeordneten Tim Hanke und Christian Schmidt waren mit von der Partie.

Im Norden des Kreises – in Braderup – startete die Delegation ihre eintägige Reise und bekam den Pioniergeist der kleinen Gemeinde hautnah zu spüren. Gemeinsam mit dem Elektroriesen Bosch baut der dortige Bürgerwindpark eine eigene Batterie zur Speicherung von Windenergie. Dazu haben beide eine eigene Firma ins Leben gerufen, die Gesellschaft Energiespeicher Nord GmbH & Co. KG. Ihr Geschäftsführer Jan-Martin Hansen stellte das ambitionierte Projekt zusammen mit weiteren Mitstreitern aus Braderup vor. Langfristiges Ziel sei es, aus dem Pilotprojekt eine Serienproduktion zu entwickeln. „Es ist beeindruckend, welches riesige Potential von diesem kleinen Ort ausgeht. Dass Bosch hier bei Ihnen einsteigt, ist eine Anerkennung Ihrer Arbeit und schafft enorme Perspektiven für die Region“, lobte Callsen das Engagement der lokalen Gesellschafter.

Auch der zweite Termin stand im Zeichen der Innovation und des Unternehmergeistes. Auf einer Strecke von 1.600 Kilometer plant die BürgerBreitbandNetz GmbH, den ländlichen Raum von Viöl bis Tönning über ein Glasfasernetz mit schnellem Internet zu versorgen. In den Büroräumen in Husum informierten sich die Abgeordneten über den Stand der Planungen. „Das Internet ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Schleswig-Holstein kann im Standortwettbewerb mit den anderen Bundesländern nur bestehen, wenn wir bis 2020 weitestgehend eine flächendeckende Breitbandversorgung haben“, erklärte Callsen. Bereits heute entscheide die Verfügbarkeit von schnellem Breitband darüber, ob der ländliche Raum

für Familien und für Unternehmen attraktiv bleibe. „Bürgernetze bergen enorme Potentiale für den ländlichen Raum. Sie tragen dazu bei, dass unsere Dörfer im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss nicht verlieren. Darum begrüßen wir als CDU jede Initiative, die erfolgreich dazu beiträgt, dass Schleswig-Holstein flächendeckend mit Breitband versorgt wird“, so Damerow.

Um die Zukunft des Tourismus in Schleswig-Holstein drehte sich der nächste Termin. Zusammen mit dem Kreisvorsitzenden des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DeHoGa), Jan-Peter Thomas, und dem Husumer Hotelier Ove Thomsen diskutierten die Abgeordneten über Perspektiven in Nordfriesland und die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs. Dabei betonten die Experten, dass verstärkt betriebswirtschaftliche Kenntnisse dem Nachwuchs vermittelt werden müssten. Allerdings stünde dies derzeit nicht im Lehrplan der Berufsschulen. Auch in puncto regionale Weiterbildung bestünde Nachholbedarf. Klaus Jensen sicherte zu, diese Punkte nach Kiel mitzunehmen.

Der Abzug der internationalen Messe HusumWind nach Hamburg werde nach Einschätzung der beiden Hoteliers das regionale Hotel- und Gastronomiegewerbe stark treffen. „Das Vorgehen der Landesregierung bei der HusumWind zeigt, wie wenig sie sich für die Westküste interessiert“, kritisierte Callsen. „Ich frage mich nach wie vor: Wo ist das groß angekündigte Entwicklungskonzept der Landesregierung für die Westküste? Davon ist in Nordfriesland nämlich nichts bekannt“, so Callsen zum Abschluss der Kreisbereisung. Er sei gespannt auf die kommende Landtagsitzung, in der die Landesregierung auf Antrag der CDU endlich Farbe bekennen müsse.



Die Kieler Abgeordneten Callsen, Damerow und Jensen informierten sich bei der BürgerBreitbandNetz GmbH in Husum über das geplante Glasfasernetz

Berechnungen des Statistikamtes belegen Ungerechtigkeit des Besoldungsdiktats **Durchschnittliche Einkommensentwicklung in Schleswig-Holstein bei 3,5 Prozent**

Um eine im Vergleich zur Einkommensentwicklung in der Bevölkerung angemessene Entwicklung der Diäten zu gewährleisten hatten sich alle Landtagsfraktionen darauf verständigt, diese jährlich vom neutralen Statistikamt Nord berechnen und entsprechend anpassen zu lassen. Dieses Verfahren wurde auch im letzten Jahr angewandt. Damals stimmte lediglich die Piratenfraktion dagegen.

Diese Berechnungen haben für Schleswig-Holstein nun eine durchschnittliche Einkommenssteigerung von 3,5 Prozent ergeben. Vor dem Hintergrund der Debatte um das „Besoldungsdiktat“ von Ministerpräsident Torsten Albig bekommt dies nun eine besondere Bedeutung.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, hat am heutigen Freitag die Zahlen als einen weiteren Beleg für den ungerechten Umgang der Landesregierung mit den Beamten im Land gewertet.

"Das Statistikamt belegt unzweifelhaft, wie stark Ministerpräsident Albig mit seinem Besoldungsdiktat zehntausende öffentliche Bedienstete von der Gehaltsentwicklung im Land abkoppeln will, damit er rot/grün/blau Wahlgeschenke bezahlen kann", erklärte Arp.

Diese Ungerechtigkeit gegenüber den Landesbediensteten könne auch nicht dadurch geheilt werden, dass sich 69 Abgeordnete selbst von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abkoppeln, wie dies heute die Piraten in Medienberichten forderten.

„Das über Jahre von allen Fraktionen mit Ausnahme der Piraten getragene Verfahren, die Diäten an die durchschnittliche Einkommensentwicklung im Land zu koppeln, ist gerecht. Ungerecht ist der Umgang von SPD, Grünen und SSW mit den Beamten im Land", so Arp.

Unterdessen wurde deutlich, dass die Regierungsfractionen das Besoldungsdiktat noch vor der Sommerpause beschließen wollen. Noch bevor das Gesetz überhaupt in Erster Lesung im Parlament beraten und an den Finanzausschuss überwiesen wurde, haben die Regierungsfractionen mit ihrer Mehrheit bereits das Anhörungsverfahren eingeleitet. Nur eine Woche nach der Parlamentsbefassung Ende Mai soll nun am 6. Juni die Anhörung der Betroffenen erfolgen.

„Für dieses Eilverfahren kann es nur einen Grund geben: Die Albig-Regierung will das Besoldungsgesetz unbedingt schon in der Juni-Sitzung des Landtages verabschieden, um damit die Beamtenproteste aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Immer wenn es Kritik an Gesetzesvorhaben gibt, schaltet Albigs Regierung den Beschlussturbo ein, damit sie mit niemandem in den Dialog treten muss“, so Tobias Koch der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.



Der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Jörn Arp, MdL

CDU-Fraktion fordert Erhalt der Polizei in der Fläche Präsenz darf nicht nur Erreichbarkeit bedeuten

Angesichts der Planungen von SPD, Grünen und SSW für eine weitere Zusammenlegung kleiner und mittlerer Polizeistationen fordert die CDU-Fraktion mit einem Antrag für die kommende Landtagssitzung den Erhalt der Polizei in der Fläche.

Präsenz dürfe nicht nur die kurzfristige Erreichbarkeit im Einsatzfall bedeuten, sondern auch die Wahrnehmung der Polizei als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, bei Planungen über Schließungen oder Zusammenlegungen von Polizeistationen einen Dialog mit den betroffenen kommunalen Ebenen zu führen und darauf hinzuwirken, dass dabei verbindliche Absprachen über die Umsetzung solcher Maßnahmen getroffen werden.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0831.pdf>

Zentrales Personalmanagement wird in Staatskanzlei zur Randnotiz Scharfe Kritik des Landesrechnungshofes an Umsetzung des Konzepts

In der Großen Koalition hatte die CDU gegen den Widerstand der SPD ein „zentrales Personalmanagement“ eingeführt, das den erforderlichen Stellenabbau in Höhe von zehn Prozent bis 2020 in der Landesverwaltung über alle Ministerien koordinieren sollte. Es wurde damals im Finanzministerium angesiedelt.

In seiner Regierungserklärung am 13. Juni 2012 erklärte Ministerpräsident Torsten Albig, am zehn-Prozent-Ziel der Vorgängerregierung beim Personalabbau festzuhalten. Und weiter: „Ein zentrales Personalmanagement, federführend geleitet durch meine Staatskanzlei, wird dieses Projekt als eines unserer zentralen Reformthemen voran treiben.“

Im November 2012 forderten der Finanzausschuss und der Landtag die Landesregierung auf, die Personalplanung zu systematisieren, den Personalbedarf auf der Grundlage anerkannter Methoden zu ermitteln und den Personaleinsatz strategisch zu planen.

Seit der Regierungserklärung ist ein Jahr, seit dem Beschluss des Finanzausschusses und des Landtages sind sechs Monate vergangen. Die Landesregierung fällt nach den Haushaltseckwerten im Jahr 2014 hinter den Stellenabbau der Vorgängerregierung zurück. Und dies, obwohl sie mit 1370 Lehrerstellen bis zum Jahr 2017 nur 30 weniger abbaut, als von der CDU-geführten Vorgängerregierung beabsichtigt.

Der Landesrechnungshof kommt in seiner Stellungnahme zum Urteil: „Der Bericht der Landesregierung macht deutlich: Sie ist weit davon entfernt, die Personalplanung, wie von Finanzausschuss und Landtag gefordert, zu systematisieren.“ Und weiter: „Vor allem das Zentrale Personalmanagement wird bei den beschriebenen Einschränkungen nicht erfolgreich arbeiten können.“

Link zur Stellungnahme des Rechnungshofes:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0900/umdruck-18-0925.pdf>

SPD, Grüne und SSW lehnen Antrag der CDU auf Stärkung kleiner Grundschulstandorte ab Regierungskoalition verabschiedet sich vom Prinzip „kurze Beine - kurze Wege“

In dieser Woche lehnten die Regierungsfractionen einen Antrag der CDU-Fraktion ab, kleine Grundschulstandorte zu stärken. Beantragt hatte die Union unter anderem, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Außenstellen, wenn sie die Mindestgröße nicht unterschreiten, nicht gegen den Willen der Schulträger geschlossen werden können.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, sieht mit dem Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition das Ende kleiner Grundschulstandorte im Land besiegelt

„Das ist das Aus für die kleinen Grundschulstandorte. Das bedeutet weitere Wege für unsere Kleinsten. Und viele Gemeinden verlieren dadurch auch die Chance, junge Familien für ein Leben in ihrem Dorf zu gewinnen“, so Franzen.

Die CDU-Politikerin kritisierte scharf, dass SPD, Grüne und SSW gleichzeitig Minioberstufen genehmigen, die schon heute kaum beziehungsweise gar nicht die notwendige Mindestgröße erreichen. Denn die Bildungsministerin begründe ihre harte Linie damit, dass kleine Grundschulen pädagogisch nicht sinnvoll seien. Angesichts des Schülerrückganges könne nach Ansicht der Regierung deshalb nicht jede Grundschule gerettet werden.

Franzen dazu: „Auch angesichts dieser demographischen Entwicklung könnten viel mehr Grundschulstandorte erhalten werden, wenn SPD, Grüne und SSW für ihre Minioberstufen nicht zusätzliche Lehrerstellen bräuchten. Dieses Ziel steht für Wende, SPD, Grüne und SSW jedoch an erster Stelle. Ihnen ist es egal, wie lange unsere ABC-Schützen zur Schule fahren müssen. Bei ihnen gilt dafür das Prinzip „lange Beine – kurze Wege“, auch wenn das „kurze Beine – lange Wege“ zur Folge hat“, so Franzen.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0632.pdf>



Heike Franzen, MdL

Anzeichen für eine Abschaffung der Regionalbeiräte mehren sich CDU warnt vor Förderentscheidungen ohne regionale Beteiligung

Bislang werden vor einer Entscheidung über die Verteilung europäischer Fördermittel aus dem „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ die vier Regionalbeiräte im Land beteiligt. Die Anzeichen mehren sich, dass die SPD-geführte Landesregierung diese Beteiligung abschaffen will.

“Wenn die Landesregierung ernst macht und die Regionalbeiräte mit Beginn der neuen Förderperiode abschafft, haben die Regionen in unserem Land das Nachsehen. Dann werden die europäischen Fördermittel für das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ künftig ohne regionale Beteiligung allein vom Kieler Kabinettstisch aus verteilt“, warnte die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, in dieser Woche.

Daran zeige sich wieder einmal, wie wenig Vertrauen die Landesregierung in die Verantwortlichen vor Ort habe. Anstatt auf regionale Kompetenz zu setzen, ziehe die Landesregierung die Entscheidungsbefugnis über die Mittelverteilung gänzlich an sich.

„Das derzeitige Förderverfahren sichert die fachgerechte Beteiligung der Regionen mit dem vorhandenen Sachverstand und der regionalen Kenntnis. Das ist ein wichtiger Schlüssel, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen“, betonte Damerow.

Die CDU-Landtagsfraktion stemmt sich gegen die Planungen der Landesregierung. In einem entsprechenden Antrag hat die Fraktion die Landesregierung aufgefordert, von den Überlegungen Abstand zu nehmen. In der kommenden Woche wird das Thema im Landtag behandelt.

„Die rot-grün-blaue Landesregierung spricht permanent von der Wichtigkeit des Dialoges und der Bürgerbeteiligung. Tatsächlich tut sie alles, um diese Beteiligung auszuschalten“ so die CDU-Politikerin.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0849.pdf>



Europapolitikerin Astrid Damerow, MdB

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de